



«Initiative ist ein teurer und bürokratischer Leerlauf»

(fan)

Gegner von mehr Lohnkontrollen präsentieren ihre Argumente und werfen Initianten eine falsche Aussage vor.

Die Aargauer Stimmbevölkerung entscheidet am 18. Mai über die Volksinitiative «Lohn-gleichheit im Kanton Aargau – jetzt!». Sie fordert jetzt obligato-rische Lohnanalysen für alle Unternehmen bereits ab 50 Arbeitnehmenden. Gemäss nationalem Gleichstellungsgesetz sind solche heute für Betriebe ab 100 Mitarbeitenden Pflicht.

Zudem sieht die Initiative vor, die kantonale Fachstelle für Gleichstellung als Kontroll- und Meldestelle wieder einzuführen. Das Problem mit der Lohnun-gleichheit sei, dass es in vielen Betrieben an Lohntransparenz fehle, sagte Grüne-Politikerin Irène Kälin im AZ-Interview. Der Regierungsrat und eine grosse Mehrheit des Grossen Rates empfehlen, die Initiative abzulehnen. Nun hat das Nein-Komitee, eine Allianz bestehend aus der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer**, dem Aar-gauischen Gewerbeverband so-wie den Parteien EVP, GLP, Mit-te, FDP, SVP und EDU, die Argumente gegen die Vorlage erläutert.

«Initiative ist kein Fortschritt»

«Gleichstellung ist ein wichtiges Thema. Doch die Initiative ist kein Fortschritt, sondern ein wirkungsloser, teurer und bürokratischer Leerlauf», lässt sich SVP-Grossrätin Nicole Burger in einer Mitteilung zitieren. Weiter heisst es, die Initiative gaulke vor, die Arbeitnehmenden wür-den dank der Analysen und der neuen Amtsstelle plötzlich mehr Lohn erhalten, und man wolle den Fachkräftemangel und die

Altersarmut bekämpfen. In Tat und Wahrheit verschwende man Steuergelder und belaste die KMU mit mehr Bürokratie. Laut dem Initiativkomitee verdienen Frauen im Durchschnitt immer noch 16,2 Prozent oder 1364 Franken pro Monat weniger als Männer in vergleichbarer Position – rund die Hälfte davon sei nicht erklärbar. «Diese Aussage ist schlichtweg falsch. Die Initianten verwischen bewusst die Abgrenzung von Lohnunter-schieden zu Lohndiskriminie-rung», sagt Daniella Lützel-schwab, Ressortleiterin Arbeits-markt und Arbeitsrecht beim Schweizerischen Arbeitgeber-verband, in einer Mitteilung.

«Fachstelle wurde gar nie abgeschafft»

Studien zu den betrieblichen Lohn-gleichheitsanalysen wür-den belegen, dass über 98 Pro-zent der Unternehmen die Lohn-gleichheit einhalten, heisst es in der Mitteilung des Nein-Komitees. Die Initiative stelle die Unternehmen «unter Gene-reralverdacht». Zudem kritisiert das Nein-Komitee die Forde-rung der Initianten, die Fach-stelle für Gleichstellung wieder-zubeleben. Diese wurde gemäss Mitteilung «gar nie abgeschafft, sondern zur Fachstelle Familie und Alter weiterentwickelt».

Das jetzige System mit allen kantonalen Amtsstellen sor-gedafür, die Gleichstellung zu för-dern, hält das Komitee fest. «Dies ist viel effektiver, als wenn man die Gleichstellung einer isolierten Amtsstelle delegiert. Die einzelnen kantonalen Stel-

len wissen am besten, wie in ihren jeweiligen Aufgabengebie-ten Gleichstellungsanliegen sinnvoll umgesetzt werden kön-nen», lässt sich Karin Koch Wick, Grossrätin und Co-Präsi-dentin der Mitte, in der Mittei-lung zitieren.



Das Komitee «Nein zur Leerlauf-Initiative» macht sich gegen die Volksinitiative für Lohn-gleichheit stark: Beat Bechtold, Annetta Schuppisser, Sabina Freiermuth, Nicole Burger, Daniella Lützel-schwab und Karin Koch Wick.

Bild: zvg